

**(Abg. Holzapfel)**

darf, Frau Präsidentin: „Die deutsche Wirtschaft wächst noch stärker als im Vorjahr.“ Seit diesem Zeitraum - ich bin ein ganz eifriger Leser unserer Zeitungen - vergeht kein Tag, an dem wir nicht solche Botschaften lesen können. Ich habe auch am 2. Weimarer Wirtschaftsforum in Weimar teilgenommen und bin auch heute noch stark beeindruckt von dieser Veranstaltung. Herr Staatssekretär, teilen Sie das bitte dem Wirtschaftsminister mit. Das war also wirklich eine ganz tolle Veranstaltung ...

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was das Hochfahren alles bringt.)

Nur kein Neid. Es war eine Top-Veranstaltung, dazu werde ich auch in meinen Ausführungen noch etwas sagen. Auf jeden Fall nehme ich nicht die doppelte Redezeit in Anspruch, da nach uns noch einige Tagesordnungspunkte offen sind und die nicht auch noch drei-, viermal geschoben werden sollten.

Die Prognosen der einzelnen Wirtschaftsinstitute für die kommenden Jahre sind unterschiedlich. Sie gehen aber in keinem Institut unter 2 Prozent. Diese Vorhersagen beziehen sich auf das Wirtschaftswachstum. Was uns aber in diesem Zusammenhang interessieren sollte und mit Ihrem Antrag vorrangig interessiert, ist die Entwicklung der Beschäftigung. Fakt ist, dass auch die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr weiter sinken wird, und das zu unser aller Freude.

Für die Funktion der Regionalbeiräte, gegründet in den schlechten wirtschaftlichen Zeiten, gibt der Leitfaden zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik sowie zur Arbeit des Landesbeirats und der Regionalbeiräte in der Fassung vom 05.07.2007 Auskunft. Danach erarbeiten die hier angeführten Regionalbeiräte Empfehlungen und Entscheidungen für die vier Thüringer Planungsregionen im Bereich der Aufgaben regionaler Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik. Das ist ihre Aufgabe, hier zu arbeiten. Das tun sie bisher gut, wie Sie selbst in Ihrer Antragsbegründung auch bestätigen. Das Ziel der Regionalbeiräte ist die Erhöhung der Effizienz von arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Maßnahmen. Die Regionalbeiräte sind bewusst nicht mit ESF-Mitteln finanziert und auch nicht mit ESF-Mitteln ausgestattet. Im Rahmen der dem Regionalbeirat zugeordneten Aufgaben obliegt es diesem, bei der Verteilung und Verwendung von Mitteln der Arbeitsmarktförderung mitzuwirken, und zwar entsprechend der regionalen Erfordernisse. Die Ihrem Antrag zugrundeliegende Forderung einer Stärkung der Regionalbeiräte ist bereits durch die wirtschaftliche Entwicklung und den derzeitigen Aufschwung fast - ich sage ausdrücklich, fast - überholt. Eingangs habe ich bereits hierzu die Presse zitiert.

Der zunehmende Fachkräftebedarf und die demographische Entwicklung machen es notwendig,

dass kreative Konzepte für die Zukunft des Thüringer Arbeitsmarkts entwickelt werden. Hierzu sind auch die Beiräte herzlich eingeladen. Hier können die Regionalbeiräte eine sehr wichtige Rolle spielen, indem sie die regionalen Belange vor Ort entsprechend ihren Aufgaben immer wieder in die Überlegungen einfließen lassen.

Eine weitere Forderung Ihres Antrags beinhaltet, die Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung in den Bereich der Kommunen zu verlagern, ich sage mal, verstärkt zu verlagern. Dazu darf ich anmerken, dass dies keine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Soweit sie dies übertragen wollen, müssen gleichzeitig die notwendigen finanziellen Mittel voll zur Verfügung gestellt werden. Es lässt sich immer gut mit fremdem Geld wirtschaften oder, wie in diesem Fall, vielleicht auch populistisch Politik machen. Jedoch brauchen wir uns über unsere Kommunalhaushalte keine Illusionen zu machen. Würde die Kommune, wie von Ihnen gefordert, Maßnahmeträger, so dürften ESF-Mittel nur nachrangig zur nationalen Förderung und nur außerhalb gesetzlicher Pflichtaufgaben verwendet werden. Hierzu gibt es durch die GFAW bereits entsprechende Förderrichtlinien, welche dies in Ausnahmefällen ermöglicht. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass es bereits sehr viele engagierte und sehr gute freie Träger gibt, welche die Aufgaben, die Sie jetzt den Kommunen übertragen wollen, sehr gut und qualitativ hochwertig ausführen. Diese Träger würde man mit der Zustimmung zu Ihrem Antrag erheblich schwächen. Das kann nicht unser Ziel sein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall CDU, SPD)

**Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:**

Vielen Dank, Frau Holzapfel. Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abgeordnete Anja Siegesmund.

**Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es kurz machen und kurz fünf Punkte benennen, die uns in der Fraktion zum Thema „Regionalbeiräte stärken“ bewegt haben.

Zum Ersten: Regionalbeiräte erörtern die Grundsätze lokaler Kooperationen, sie denken also über den Horizont der einzelnen Kommunen hinaus. Sie führen, das hat der Herr Staatssekretär vorhin auch ausgeführt, einen Dialog und es ist immer, glaube ich, vernünftig, wenn wir versuchen, in unseren kleinteiligen Strukturen, die wir in Thüringen haben, auch jenseits der Stadt- bzw. Ortsgrenzen hinaus Dinge zu entwickeln oder weiter zu denken. Also erster Punkt, Sie haben, glaube ich, in den vergan-

**(Abg. Siegesmund)**

genen Jahren, was das angeht, gute Arbeit geleistet.

Sie haben und hatten - zweiter Punkt - bei der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik einen wichtigen Beitrag geleistet, eben durch diese Dialogforen, die es gab, und durch den Austausch untereinander. Deswegen ganz deutlich, ein Dank auch an all jene, die da über viele Jahre mitgewirkt haben.

Der dritte Gedanke ist, dass sie natürlich regionale und kommunale Stakeholder zusammengeführt haben, auch nachhaltige Dinge entwickelt haben, in jedem Falle etwas, was man auch würdigen muss, und - der vierte Punkt - zur Demokratisierung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten beigetragen haben, weil man sich austauschen konnte, weil man an bestimmten Stellen einfach auch Konsens herleiten musste, herleiten konnte, was immer sinnvoll ist.

Aber - und das ist ein wichtiger Punkt, den hat der Staatssekretär vorhin auch ausgeführt - wenn man über Regionalisierung redet, wird auch ganz schnell klar, dass es eben nicht sinnvoll ist, gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, mit der Gießkanne über das Land zu ziehen, sondern sich genau zu überlegen, wo zielgenau gefördert werden kann. Auch hier haben Regionalbeiräte einen Anteil geleistet und, glaube ich, auch sinnvoll zum Diskussionsprozess beigetragen. Trotzdem, eine wirklich dezidierte Arbeitsmarktpolitik hat es in den vergangenen Jahren auf Landesebene vor dem Landesarbeitsmarktprogramm nicht gegeben, um gerade die Zielgruppen, übrigens auch in den Regionalbeiräten, zu fördern, die bislang, Frau Holzapfel hat es gerade beschrieben, von dem Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt ausgeklammert bleiben. Ich habe das an einer anderen Stelle heute schon einmal erwähnt, sowohl ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch Behinderte spüren von diesem Aufschwung, den wir gerade haben und der auch immer wieder zitiert wird, im Augenblick nichts.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Einfach eine Frechheit.)

Ein Punkt das Landesarbeitsmarktprogramm, ein Punkt auch, wo man sagen muss - das sind die Statistiken, es ist keine Frechheit, Herr Kemmerich.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Die Statistiken sind eindeutig und Sie zitieren sie falsch.)

Da können Sie ja gern hier vorkommen und dann stellen wir Statistik neben Statistik und dann schauen wir mal.

Und dieser Punkt muss auch und kann auch in den Regionalbeiräten weiter diskutiert werden. Ich muss sagen, ich habe Bedarf, das Ganze im Ausschuss zu diskutieren, und plädiere deswegen auch für

meine Fraktion für eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:**

Vielen herzlichen Dank, Frau Siegesmund. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rolf Baumann für die SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Baumann, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich an die Ausführungen von Frau Holzapfel anschließen. Sie hat gesagt, TA vom 17.06., Wirtschaftswachstum 2 Prozent, damit verbunden natürlich auch eine geringere Arbeitslosigkeit, aber - und das muss man sagen - die Langzeitarbeitslosen haben nicht in dem Maße davon profitiert, wie wir uns das gewünscht hätten.

(Beifall DIE LINKE)

Nun zum Antrag: Ich danke auch der Fraktion DIE LINKE für diesen Antrag. Der Bericht der Landesregierung zeigt, dass der Weg Mitte der 90er-Jahre, einen Landesbeirat und vier Regionalbeiräte für die Arbeitsmarktpolitik zu gründen, der richtige Weg war. Landesbeirat und Regionalbeiräte haben in Thüringen eine wichtige Funktion, wenn es um die Arbeitsmarktpolitik des Freistaats und die Abstimmung mit den Akteuren der Wirtschaft, den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften, den Kirchen und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege geht. Damit hat Thüringen wirksame Gremien wie kein anderes Bundesland in Deutschland.

Nun zu Punkt 1 des Antrags: Dort hat die Landesregierung bereits ausführlich berichtet und ich sage hier, dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Zu Punkt 2: Ich würde auch gern die Regionalbeiräte mit mehr Kontingenten aus ESF-Mitteln ausstatten. In der Vergangenheit gab es bereits Versuche dazu. Man kommt aber bei der Umsetzung dieser Versuche an seine Grenzen. Der Verwaltungsaufwand steht nicht im Verhältnis zum Nutzen. Einige Richtlinien, wie die Richtlinie über die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen im Rahmen des Programms „Arbeit für Thüringen und Zukunft Familie“ und die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und zur Förderung der beruflichen Integration, werden bereits budgetiert regional bearbeitet. Dies erfolgte mit dem vorhandenen Personal und die Regionalbeiträge votieren die vorliegenden Projekte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Aufgaben der Regionalbeiräte - Herr Staatssekretär